

Statement

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Yasmin Fahimi

Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

6. November 2023

**Pressekonferenz Statement Kampagne Stärkung der Tarifbindung
„Tarifwende“**

Berlin, 6. November 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,
herzlich willkommen zu unserer Pressekonferenz.

Wir starten heute mit unserer Kampagne „Tarifwende“ für mehr Tarifbindung in Deutschland.

1. Wir wollen damit jedem Beschäftigten gegenüber verdeutlichen, was wir mit Tarifverträgen für sie erreichen oder erreichen könnten. Denn mit Tarifverträgen machen Beschäftigte ihre eigenen Regeln zur Gestaltung der Arbeitswelt – auch weit über Entgeltfragen hinaus.
2. Wir werden gegenüber den politischen Akteuren in den Ländern und im Bund weiter Druck machen, sich für mehr Tarifbindung stark zu machen – auch durch gesetzliche Regelungen. Denn der volkswirtschaftliche Schaden durch die Tarifflicht der Arbeitgeber über drei Jahrzehnte hinweg ist enorm. Das darf die Politik nicht länger ignorieren.
3. Und wir bieten unseren Tarifpartnern, den Arbeitgebern, an, mit uns in eine neue Phase der Sozialpartnerschaft zu treten. Mit Tarifverträgen zeigen Arbeitgeber gesellschaftliche Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten und dem Gemeinwohl. Sie sichern sich damit aber auch ökonomische Vorteile und passgenaue Lösungen für ihre Branchen.

Wir müssen handeln!

Zu oft erleben Beschäftigte, schlechte, ungleiche oder willkürliche Bezahlung.

Oder es werden zu wenig Leute für eine Schicht eingeplant. Mit den Belastungen kommt keiner mehr klar.

Oder bei Veränderungen und Anpassungen im Betrieb muss ich alleine zurechtkommen, ob und wie ich den neuen Anforderungen gerecht werden kann.

Unser gewerkschaftliches Selbstverständnis lautet: wir lassen dich damit nicht allein! Es ist deine Entscheidung, dich mit anderen gemeinsam stark zu machen für mehr Gerechtigkeit im Betrieb. Aber dann können wir gemeinsam etwas erreichen.

Denn klar ist: Tarifverträge müssen erkämpft werden – von Gewerkschaftsmitgliedern, von Kolleginnen und Kollegen in den Unternehmen und mit durchsetzungsstarken Gewerkschaften.

Wir wollen gerade junge Menschen und Beschäftigte in nicht tarifgebundenen Betrieben motivieren, sich zusammen mit ihren Gewerkschaften für Tarifverträge und bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Wir werden klar machen: Mit Tarifvertrag gibt es mehr – mehr Geld, mehr Job-Sicherheit, mehr Freizeit, mehr Lebensqualität in schwierigen Zeiten *[hier bitte auf die ersten Plakatmotive und die Rückwand der PK verweisen]*.

Work-Life-Balance steht auf der Prioritätenliste junger Leute oft weit oben. Und deswegen sei hier auch erwähnt: Tarifverträge sind DAS Instrument zur Herstellung einer guten Work-Life-Balance. Tarifverträge sorgen für mehr Entgeltgleichheit im Betrieb. Sie fördern Integration und mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern.

Die Politik muss handeln!

Tarifverträge bieten in Zeiten der Transformation den Beschäftigten Schutz und Sicherheit, den sie jetzt umso dringlicher brauchen.

Tarifverträge regeln: Entgeltfragen, Arbeitszeiten, Personalbemessung, Weiterbildung, Altersvorsorge und noch vieles mehr.

Tarifverträge sind damit wie kleine Gesellschaftsverträge. Dieser verfassungsmäßige Auftrag muss endlich wieder für die überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten realisiert werden.

Das ist auch eine Frage der volkswirtschaftlichen Vernunft. Unsere neue Auswertung von Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass die Kosten der sinkenden Tarifbindung weiter steigen. Das ist Betrug an jedem Einzelnen, aber auch an der Gesellschaft.

Die Entwicklung ist dramatisch: Aktuell profitieren nur noch rund die Hälfte aller Beschäftigten hierzulande von tarifvertraglichen Regelungen und ihrem Schutz.

Seit 30 Jahren haben es mehrere Bundesregierungen versäumt, Tarifbindung und die Mitbestimmung an neue gesellschaftliche Herausforderungen besser anzupassen.

Denn das muss auch gesagt werden: Tarifbindung und Mitbestimmung im Betrieb gehören natürlich zusammen. Zusammen können sie am meisten bewirken.

Wir erleben aber seit Jahren, dass die Arbeit der Betriebsräte zunehmend erschwert wird. Dass inzwischen jede 6. BR-Gründung behindert wird. Union Busting und ganze Kanzleien, die beauftragt werden, Mitbestimmung zu behindern, sind kein alleiniges Phänomen mehr einer marktgläubigen US-amerikanischen Gesellschaft.

Hier brauchen wir dringend eine Wende, hin zu mehr Tarifbindung und auch zu mehr Mitbestimmung.

Der aktuelle Trend gefährdet aber auch unseren Wohlstand, schwächt die Demokratie und kommt uns teuer zu stehen. Bezogen auf das Jahr 2022 kommen wir auf einen volkswirtschaftlichen Schaden von insgesamt 130 Mrd€!

Stefan Körzell wird Ihnen diese neuen Daten unserer Tarifflicht-Bilanz gleich näher vorstellen.

Wir haben es hier mit einem gesamtgesellschaftlichen Problem zu tun. Tarifverträge sind elementar für Verteilungsgerechtigkeit und sozialen Frieden im Land. Und die Politik hat es in der Hand das besser abzusichern.

Unsere politischen Forderungen an Bund und Länder sind daher klar:

1. Die Mindestlohnrichtlinie (80% Tarifbindung) der EU muss durch einen Nationalen Aktionsplan umgesetzt werden. Zur Vorlage eines solchen Plans hat die Bundesregierung noch maximal gut 1 Jahr Zeit.
2. Mit echten Tariftreuegesetzen müssen die öffentlichen Vergaben von Bund und Ländern an Tariflöhne und -bedingungen geknüpft werden.
3. Tarifverträge dürfen nicht durch Betriebsaufspaltungen unterlaufen werden.
4. Der gewerkschaftliche Zugang muss in allen Betrieben diskriminierungsfrei gesichert sein – auch digital.
5. Die Allgemeinverbindlicherklärungen müssen erleichtert werden.

Die Arbeitgeber müssen Farbe bekennen!

Dieser Tage beziehen sich ja viele Arbeitgeber und ihre Vertretung gerne auf die sogenannte „negative Koalitionsfreiheit“. Daraus kann man aber in absoluter keiner Weise einen Anspruch auf Tariffreiheit ableiten!

Wir fordern die Arbeitgeber auf, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung wieder gerecht zu werden – und im Übrigen auch dem eigentlichen verfassungsmäßigen Auftrag: mit uns gemeinsam Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu verabreden.

Warten Sie nicht bis die Gesetzgeber gezwungen sind mehr und mehr einzugreifen. Wer staatliche Bürokratie beklagt, muss Tarifverträge abschließen!

- Verschaffen Sie sich mehr unternehmerische Planungssicherheit durch Tarifverträge und ihre Laufzeiten.
- Sorgen Sie für mehr fairen Wettbewerb im Markt durch Bedingungen, die für alle gleich sind.
- Und sichern Sie sich den sozialen Frieden und ein besseres Betriebsklima innerhalb der Belegschaft.

Tarifgebundene und mitbestimmte Unternehmen sind auch ökonomisch erfolgreicher. Und so gibt es glücklicherweise immer noch viele Unternehmen, die diese Vorteile zu schätzen wissen und die innovative und fortschrittliche Tarifverträge mit den Gewerkschaften abschließen. Solche Best-Practice-Beispiele wollen wir im Laufe der Kampagne auch kenntlich machen.

Zum Schluss der weitere Prozess:

Unsere Kampagne wird zunächst bis Mitte 2026 laufen, also bis zum nächsten DGB Bundeskongress. Wir gehen im kommenden Jahr in die roll-out-Phase und werden dann verstärkt mit der Kampagne „Tarifwende“ in der Öffentlichkeit sichtbar und auf der Straße unterwegs sein. Jetzt stellt Ihnen mein Kollege Stefan Körzell die neuen Ergebnisse unserer Tariffucht-Bilanz vor.

Ihre Fragen beantworten wir gern im Anschluss.